

November-Dezember 2010

Herbstkampagne gegen das „Sparpaket“



Haus am Kleistpark bedroht

Die BVV beschloss am 27.10.: „Keine vorentscheidenden Maßnahmen einleiten: Moratorium für das Haus am Kleistpark, bis alle Informationen auf dem Tisch sind!“ (Drs. 1585). Damit hat die BVV auf Planungen des Baustadtrats Krömer (CDU) reagiert, die auf eine Schließung und Abgabe des Hauses hinaus liefen. Unumstritten ist, dass Sofortmaßnahmen notwendig sind, um Betriebsfähigkeit und Verkehrssicherheit herzustellen. Mit einem Gutachten, das weit darüber hinaus geht, hatte sich Krömer ein Finanzbedarf von 2,25 Mio. € errechnen lassen. Eine Entscheidung ist jetzt nur aufgeschoben. Zahlreiche Menschen haben sich mittlerweile für den Erhalt der wichtigen kommunalen Galerie eingesetzt. Eine Initiative zur Rettung des Hauses hat sich gebildet. (Kontakt: proHaK@gmx.de)

Harald

Wir wehren uns gegen Ausgrenzung und Sozialabbau!

Im neuen Jahr ist es soweit, die Schwarz-Gelben haben zugeschlagen und den Wirtschaftslobbyisten nachgegeben.

Das heißt für die Erwerbslosen und Prekär-Beschäftigten: Einbußen in Milliardenhöhe. Eingespart werden die Heizkostenzuschüsse für Wohngeldempfänger, die Beiträge zur Rentenversicherung und die Ansprüche auf Elterngeld für ALG-II-Betroffene und einiges mehr, während die Mieten und die Kosten des lebensnotwendigen Bedarfs steigen.

Um die sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten in der BRD ins Abseits zu stellen, ist den Sozialchmarotzern der jetzigen und der Vorgänger-Regierung jedes Mittel Recht. Die nackte Existenz vieler Menschen wird zunehmend in Frage gestellt.

Seit Rot-Grün werden die einkommensschwachen Schichten geschröpft. Aber die neoliberale Regierung treibt den Sparwahn auf die Spitze, um

dem Kapital und der Industrie die Taschen zu füllen.

Wehrt Euch mit uns gegen Ausgrenzung und frühen Tod, gegen Ausbeutung und Sklavenarbeit, gegen den Untergang der sozialen Errungenschaften, für die viele Menschen, oft unter Einsatz ihres Lebens, gekämpft haben.

Zeigt der herrschenden Clique, was wir uns in Zukunft sparen wollen, nämlich Merkel, Westerwelle, Steinmeier, Künast und Konsorten sowie Atomkraftwerke, Sozialabbau, Sanktionen gegen mündige Bürger, Profitgeier usw.

Macht mit bei der Sparpaket-Aktion der **LINKEN!** **Kommt am 23.11.2010 um 10.00 Uhr zum JobCenter Tempelhof-Schöneberg** und zeigt den reaktionären Parteien, dass wir sie uns wirklich sparen können!

Bringt eure eigenen Sparpakete am 26.11.2010 um 10 Uhr direkt zum Brandenburger Tor!

Text und Foto: Kai Drether – Landeskoordinator der LAG Hartz IV Berlin

Inhalt: Seite 1 Herbstkampagne gegen Sparpaket, Haus am Kleistpark, Seite 2 Wettbüro-Schließungen, BVV Ende September 2010, Stellungnahme zum „Barbarossaplatz“, Seite 3 BVV Ende Oktober 2010, BVV-Vorlagen, Seite 4 Programmkonvent am 7. November, Seite 5 Arbeiterwiderstand bei Askania, 9. November in der deutschen Geschichte, Columbia Haus, Seite 6 Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Oktober, Landesgesundheitskonferenz, Ausflug der BO Arbeit und Soziales, Seite 7 Ausstellung: AUF GEPACKTEN KOFFERN, Sondertermine, Seite 8 Unser Ziel bleibt die Re-Kommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe, Wir trauern um Lothar Elias, Termine und Impressum

Viele Seelen vom Wettbüro gerettet?

geundko
17000 Menschen in Berlin sind pathologisch spiel- und wett-süchtig. Die sozialen und ökonomischen Folgen sind tragisch. So wird niemand widersprechen, wenn Stadtrat Bernd Krömer (CDU) an der Potsdamer Straße ein Wettbüro schließen ließ. Hilft so eine „Law and Order“ Maßnahme aber wirklich? Auf Bundesebene kürzen CDU und FDP scharf Hartz IV. Grüne und SPD haben zuvor diese Armut per Gesetz eingeleitet. Wen wundert es, wenn im Quartiersmanagementgebiet Schöneberg-Nord die Kaufkraft sinkt, Discounterketten den Markt dominieren und zwielichtige Spiel- und Wettcasinos Konjunktur haben. Dem mittelständischen Gewerbe gehen solvente Kunden verloren. Foto Wegert musste schließen. Zwei im Kurfürstentempel ansässige Möbelhäuser stehen unter starker Konkurrenz; denn in Tempelhof siedelten sich ein skandinavischer und ein norddeutscher Möbeldiscounter dank Wirtschaftsförderung an. Das Bezirksamt hat kein schlüssiges Konzept, das sich an kleinen und mittelständischen Unternehmen orientiert. Der CDU-Grande Krömer sollte froh sein, dass von Kulturschaffenden an der Potsdamer Straße eine „Charmeoffensive“ gestartet wird. Stattdessen versucht er, das Haus am Kleistpark wegen „zu hoher“ Renovierungskosten verkaufen zu lassen.

BVV 29. September 2010

Homophobe Gewalt und Diskriminierung im Bezirk

In einer mündlichen Anfrage von Frau Höppner (SPD) wurde deutlich, dass homophobe Gewalt im Bezirk zugenommen hat. Sie wollte wissen, was der Bezirk dagegen unternehme. Bezirksbürgermeister Band (SPD) verwies u.a. auf vermittelnde Gespräche und unterstützende Veranstaltungen von Lesben und Schwulen. Jedoch waren der Antwort eine ernsthafte Analyse der Problemlage und beabsichtigte Prävention nicht überzeugend zu entnehmen. Im Gegenteil: Unser Verordneter Harald Gindra führte ein Beispiel von einer aufsehenerregenden und massiven „Nichttrauerkontrolle“ der Polizei in Schwulenbars an. Einen solchen Vorgang der Polizei, wie bei einer Terroristenjagd, kann man einfach nur infam und diskriminierend nennen.

Flughafen BBI (Berlin-Brandenburg-International) Streitpunkt: Fluglärm

Zu Fragen der Flugroutenplanung bis 2012 für den BBI und ihre Auswirkungen, die in der Großen Anfrage (Drs. 1557) von B.90/Grüne gestellt wurden, antwortete Bezirksbürgermeister Band (SPD): Verfahrensplanungen könnten sich ändern. Vor allem die geplanten gleichzeitigen Abflüge auf

Parallelbahnen stehen in der Kritik. Diese müssen aus Sicherheitsgründen mit einer 15°-Verschwenkung durchgeführt werden. Bei Westwind-Abflügen wäre Lichtenrade (600m Höhe) und bei Ostwind-Abflügen Marienfelde stärker von Fluglärm betroffen. Auch das Nachtflugverbot sei noch nicht geregelt. Bezirksbürgermeister Band will in der Fluglärmkommission den Einfluss des Bezirks u.a. auf Routenveränderung und Minimierung der gleichzeitigen Nutzung der Parallelbahnen geltend machen. Vor allem eine Bürgerinitiative „Lichtenrade gegen Fluglärm“ machte auf dieses Thema mit einem großen Medienecho aufmerksam. Unser Verordneter Harald Gindra hinterfragte dieses Ansinnen einer „bestimmten sozialen Klientel“ und brachte in die Debatte ein, dass die Belastungen von Tegel und Tempelhof früher höher waren, als jetzt vom BBI (den alle wollten) erwartet. Von der SPD wurden die Arbeitsplatz-Vorteile angesprochen, und es wurde argumentiert, dass jetzt nicht eine BI West gegen BI Ost gegeneinander kämpfen sollten, sondern die Lösung müsste so aussehen, dass alle damit leben könnten.

Elisabeth Wissel

David gegen Goliath

Die Auseinandersetzung um **das Haus Barbarossaplatz 59** entwickelt sich inzwischen zu einer Ehrensache. „Es gibt Neuerungen, die begrüßenswert sind, und es gibt Neuerungen, die an den Interessen der Menschen vorbei gehen. Diesen muss man nicht zustimmen. Im Fall Barbarossaplatz stimme ich mit nein.“

Kurz und bündig brachte der BVV-Verordnete Harald Gindra die Unterstützung der Partei **DIE LINKE** für die Anliegen der BI Barbarossaplatz in der BVV am 27.10.10 auf den Punkt. Er wird dafür von der Bürgerinitiative ausdrücklich gelobt, während deren Sprecher, Rechtsanwalt Fred Skoblin, alle anderen „Mehrheitsparteien“, auch die Grünen, für ihr Einknicken vor dem Großunternehmen Hochtief geißelt.

Sowohl Harald Gindra als auch Fred Skoblin wissen, dass es ein schwieriger Kampf bleibt. Nur noch fünfzehn Menschen halten im Haus Nummer 59 die Stellung, weil sie in ihren mietgünstigen Kleinraumwohnungen bleiben wollen. Bisher sind sie auf Abfindungs- und Umquartierungsvorschläge nicht eingegangen, die auch von den Grünen offensiv propagiert werden. Stattdessen legt ihr Sprecher Skoblin harte Bandagen an, damit die Menschen nicht weiter in die Enge getrieben werden. Unterdessen wurde ihnen die Kündigung zugestellt.

Der Rechtsanwalt hinterfragt öffentlich, ob neben CDU-Baustadtrat Bernd Krömer auch andere

Bezirkspolitiker, namentlich der Grünen, in ihrem Stadtplanungsseifer in den Bann des Investors Hochtief geraten sein könnten. Belege liefert die Bürgerinitiative aber nur indirekt. Sie verbreitet einen Artikel des „Tagesspiegels“. Dort wird detailliert geschildert: Überall, wo Plätze gut an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen sind, entstanden in den letzten Jahren kaum Mietwohnungen durch Neubau oder Renovierung, sondern hauptsächlich Eigentumswohnungen. Sie werden zu Preisen, die bis zu 50 % über dem durchschnittlichen Marktpreis liegen, gehandelt. Das Büro einer Planungsgesellschaft mit Sitz am Bayerischen Platz, Tochter von Hochtief, spielt kräftig mit. Harald Gindra schmunzelt bei dem Vergleich mit dem klugen Kampf von David gegen Goliath. „**DIE LINKE** beschäftigt sich seit dem Sommer intensiv mit den Problemen der Mietstiegerungen, der Verdrängung alt eingesessener Anwohner und der Kapitalisierung früherer sozialer Wohnungsbau-gesellschaften. Wenn wir am Barbarossaplatz kein Zeichen setzen, wird für viele Menschen der Wohnraum in unserem Bezirk zu teuer. Wir brauchen eine soziale Mieterbewegung dafür, dass wir alle hier menschenwürdigen, bezahlbaren Wohnraum behalten.“

Die Bürgerinitiative Barbarossaplatz entscheidet demnächst über eine Großkundgebung gegen die skandalösen Vorgänge.

Aktuelle Informationen gibt **DIE LINKE** auf Ihrer Internetseite weiter: www.dielinke-templehof-schoeneberg.de.

Thomas Hinrichsen

Abholzung am Barbarossaplatz geht weiter

Auf dem Grundstück Barbarossaplatz 59/60 sollen aufgrund einer dort geplanten Luxusimmobilie insgesamt 55 Bäume gefällt werden, darunter 40, die unter Baumschutzverordnung stehen. Dies ergab eine Einwohneranfrage. Eine Bürgerinitiative, die vom Bezirksverband DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg unterstützt wird, kämpft für den Erhalt der jetzigen Strukturen, um Wohnqualität und Naturschutz auch weiterhin zu gewährleisten.

Haus am Kleistpark muss erhalten bleiben

Der Erhalt der Kultureinrichtung, die wegen verschiedener Mängel sanierungsbedürftig geworden ist, ist aus politisch motivierten (unnötigen) Kostengründen gefährdet. Während der Kultur- und Bildungsausschuss von Ausgaben in Höhe von 300.000 Euro für die Wiederherstellung der Betriebsfähigkeit und Verkehrssicherheit ausgegangen war, wurde nun von Stadtrat Krömer (CDU) eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die eine Grundsanie rung mit Kosten bis zu 3 Mio. Euro scheinbar als nötig erachtet, was der Bezirk nicht bezahlen könnte. Wie schon aus den Medien der vergangenen Tage zu entnehmen war, kann sich die CDU eine "Zerschlagung" dieser gewachsenen Struktur vorstellen. Im Hauptausschuss werden nun die Drs. 1615 und 1597 zum diesem Thema behandelt. Dabei wird es hoffentlich zu einer erhaltenden Lösung kommen. Viele verschiedene Gruppen haben ein starkes Interesse daran, dass das Haus in der jetzigen vielfältigen Nutzungsform erhalten bleibt. Darauf machte auch vor der BVV eine Elterninitiative mit musizierenden Kindern der Abteilung Musikschule lautstark und eindringlich aufmerksam, nach dem Motto: "Musik ist Bildung, und Bildung ist unsere

Zukunft". Auch **DIE LINKE** unterstützt den Erhalt dieser kommunalen Bildungseinrichtung.

Fluglärmdebatten über BBI sind noch lange nicht abgeschlossen

In einer Mündlichen Anfrage von B.90/Grüne wollte man wissen, wie der Bezirk bei der Fluglärmkommission vertreten sei. Kritisiert wurde, dass Bezirksbürgermeister Band (SPD) sich im Verhinderungsfall nur von einem Bezirksamtsmitarbeiter vertreten lassen will. Band betonte, dass er an Protestversammlungen teilnimmt und nach der nächsten Kommissionssitzung die Initiativen unterrichten wird. Bei der jetzigen Flugroutenplanung wäre Lichtenrade massiv von Fluglärm betroffen. Erwartet wird vom Bezirk, dass er Einfluss auf die Flugroutenplanung nimmt, wenn es um Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Lärmschutz geht.

Mittelkürzungen beim JobCenter (JC)

Stadträtin Klotz (B.90/Grüne) antwortete auf eine Mündliche Anfrage ihrer Fraktion bzgl. der Planungen des JC für 2011. Demnach sind 38,8 Mio. Euro für Eingliederungen auf dem Arbeitsmarkt vorgesehen (2/3 sind für die Förderung auf dem 1. Arbeitsmarkt eingeplant), wovon 8 Mio. gebunden seien. Im Jahre 2010 stand dagegen noch eine Summe von 53,7 Mio. zur Verfügung. Die Maßnahmendauer sei von vorher 6-12 Monaten auf die Dauer von 4 Monaten reduziert worden. Sie bedauert außerdem, dass das Bezirksamt bei der Neuordnung der JC nun weniger Einflussmöglichkeiten habe. Es sollte nicht um Machtgerangel, sondern um effektive Arbeitsmarktpolitik gehen, dafür steht die Bundesagentur für Arbeit in der Verantwortung.

Elisabeth Wissel

Weitere BVV-Vorlagen

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und dessen Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlussempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Keine zusätzliche Fluglärmelastigung (Drs. 1560 von CDU + B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Städtebauförderung verstetigen - nicht kürzen (Drs. 1569 von B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Neue Heimat für FC Internationale (Drs. 1570 von CDU + B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Prostitution im Kurfürstentempelkiez eindämmen (Drs. 1450 BE aus Ausschuss Frauen, Integration und Quartiersentwicklung) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- B-Plan 7-42 - BV Barbarossaplatz - Städtebaulicher Vertrag (Drs. 1465 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- Keine vorentscheidenden Maßnahmen zum Haus am Kleistpark (Drs. 1597 B'90/Grüne + SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Gedenkort Columbiadamm (Drs. 1494+1126 BE aus Ausschuss Bildung und Kultur) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Gedenken an Widerstand in Askania-Werken (Drs. 1577 BE aus Ausschuss Bildung ...)* Ergebnis: Beschluss (KL)
- Personalnot im Regionalen Sozialdienst entgegenwirken (Drs. 1454 BE aus Hauptausschuss)* Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt (Drs. 0998 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Facility Management*
- Wohnungsmarktbericht für Schöneberg (Drs. 1449 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)*
- Notwendige Sofortmaßnahmen am Haus am Kleistpark umsetzen (Drs. 1615 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Kultur- sowie Hauptausschuss*

Die BVV-Drucksachen sind dokumentiert unter:

<http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp>

Unser

Bezirksverordneter



Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 01525 45 25 000

E-Mail:

Linke.bvv.ts@googlemail.com
Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Tel: 030/ 90 2 77 48 98

Sprechstunde: Immer Donnerstags 17 - 19 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK-Termine: Neu!

Montag, 15. und 29. November, und 13. Dezember, um 19 Uhr jeweils im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Sitzung) zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei.

Interessierte sind ständig eingeladen, auch die Beratungen der Ausschüsse der BVV zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mittwoch, 15. Dezember, 17 Uhr im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Parteikonvent in Hannover

Über 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten Anfang November im Plenum und in vielen Diskussionsforen über den vorliegenden Programmentwurf der Partei **DIE LINKE**.

Parteivorsitzende sieht viele Gemeinsamkeiten in der Debatte

Gesine Löttsch bilanzierte in ihrer einführenden Rede, dass es in der bisherigen Programmdebatte in 90% aller Fragen eine große Übereinstimmung gäbe. Jetzt sei es wichtig, eine gesellschaftliche Diskussion anzustoßen, die unser Land grundsätzlich verändere. Die Vorsitzende forderte, dass das neue Parteiprogramm für die Menschen einleuchtend sein und zur Mitarbeit anregen solle.

Kampf für ein angstfreies und kulturvolles Leben

Für die in diesem Land Herrschenden sei die Produktion von Angst in der Gesellschaft notwendig, um den Kapitalismus am Laufen zu halten. Beispiele seien Angst vor Erwerbslosigkeit, Hartz IV, oder die Verbreitung von Terrorangst. Die wachsende prekäre Beschäftigung in Deutschland führe zu prekären Umgangsformen am Arbeitsplatz, in Behörden und in der ganzen Gesellschaft. Zunehmende Konkurrenz, Diskriminierung, Ausgrenzung, Hass und Gewalt seien die Folge. Viele Menschen würden auch von der zunehmenden Kulturlosigkeit abgestoßen, so z.B. von Polizeiübergriffen gegen die Proteste gegen „Stuttgart 21“, von (Verdachts-)Kündigungen gegen ArbeitnehmerInnen, die nach langjähriger Beschäftigung zum Wegwerfen vorge-sehene Lebensmittel mit nach Hause genommen haben sollen, oder von der Schließung von Bildungs- und Kultureinrichtungen bei gleichzeitiger Rettung von maroden Banken, ohne deren Spekulationen zu beenden. Das Verheizen junger Menschen in Kriegen, in denen der Tod Unschuldiger bewusst in Kauf genommen werde, sei ein Akt größter Kulturlosigkeit. Millionen Menschen, z.B. in der Rüstungs-, Atom oder Chemischen Industrie, seien gezwungen, im Beruf gegen soziale und ökologische Interessen und oft auch gegen ihre eigene Überzeugung zu handeln.

„Mit diesen Menschen möchten wir in einen Dialog über machbare Alternativen kommen, ohne sie besserwisserisch zu belehren. **DIE LINKE** möchte mit Anderen für eine Gesellschaft kämpfen, die allen

ein angstfreies und kulturvolles Leben ermöglicht“, betonte Gesine Löttsch in ihrer Rede.

Lafontaine zu SPD und Grünen

Oskar Lafontaine forderte in seiner mit großem Applaus begleiteten Rede an die Adresse seiner Kritiker, sich nicht nur mit der Politik von CDU und FDP, sondern auch von SPD und Grünen auseinanderzusetzen. Diese seien zwar nicht die Hauptgegner, aber neben potentiellen Bündnispartnern (SPD) gleichzeitig die Hauptkonkurrenten der **LINKE** im Parteiensystem. „Deshalb müssen wir uns mit ihren Programmen und ihrer Politik auseinandersetzen... Das ist eine pure Selbstverständlichkeit“, so Lafontaine.

Viel Beifall fand auch seine Betonung unserer prinzipiellen Gegnerschaft zu Hartz IV, zur Rente mit 67 und zur Zerstörung des Gesundheitssystems. „Auch das muss man den Sozialdemokraten beispielsweise vorhalten, dass sie das mitgemacht haben“. Speziell an die Grünen gerichtet, betonte der jetzige Fraktionsvorsitzende im Saarländischen Landtag, dass „Krieg die schlimmste Umweltzerstörung“ und der von dieser Partei propagierte „New Green Deal“ eine Moglepackung sei. Wer die Eigentums- und soziale Frage nicht stelle, könne auch die ökologische Frage nicht lösen.

Zu den kontrovers diskutierten Haltelinien in der Frage der Regierungsbeteiligung sagte Lafontaine, es gäbe keine Partei, die keine Haltelinien habe. So betone Renate Künast für die Grünen, dass die Ablehnung der Atompolitik zu deren Gründungsurkunde gehöre. Für **DIE LINKE** gehöre die Ablehnung von Privatisierungen und von Personalabbau zu „unserer Gründungsurkunde“. Und Lafontaine stellte klar: Nach den Erfahrungen z.B. mit den Militärinterventionen der letzten Jahre in Afghanistan oder im Irak mit dem Tod Hunderttausender unschuldiger Menschen werden wir zu solchen Militärinterventionen niemals „Ja“ sagen. Zu diesem Thema bekräftigte Lafontaine die Forderung, die NATO in ein kollektives Sicherheitssystem mit reinem Verteidigungscharakter umzuwandeln.

Grünhelme statt Blauhelme

Vor dem Hintergrund, dass viele Menschen durch Forderungen nach „humanitären Militärinterventionen“ verführbar

seien, forderte Lafontaine die Partei auf, Gegenkonzepte zu den interventionistischen Ansätzen der Grünen zu entwickeln. Der Aufbau von zivilen, nichtmilitärischen Freiwilligenkorps für die Nothilfe bei Katastrophen, Seuchen und Krankheiten wäre eine Alternative, die auf bereits vorhandenem EU-Recht basieren würde. („Vertrag über die Arbeitsweise der EU“, §214) Mit einem Bruchteil der bisher verwendeten Gelder für Militärinterventionen könnten Kriegsursachen wie Hunger oder Seuchen effektiv bekämpft werden.

Interessante Debatten im Plenum und in den Diskussionsforen

Der Co-Parteivorsitzende Klaus Ernst betonte die Bedeutung der Eigentumsfrage für **DIE LINKE** und plädierte u.a. für eine umfassende Wirtschaftsdemokratie, geprägt von Belegschaftseigentum. Die Vizevorsitzende Sahra Wagenknecht machte sich für demokratisch kontrolliertes, staatliches Eigentum an den Schlüsselindustrien stark. Hierbei wurde sie von Horst Schmitthenner von der IG Metall unterstützt, der solches Staatseigentum als notwendige Voraussetzung für eine Wirtschaftsdemokratie bezeichnete. Er betonte, hinreichende Bedingung sei aber die demokratische Kontrolle der öffentlichen Unternehmen. Der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer nannte hingegen die Vorstellung illusorisch, innerhalb des Kapitalismus durch Staatseigentum bessere Lebensbedingungen zu erwirken. Es gelte vielmehr, die Lebensbedingungen durch sozialstaatliche Reformen zu erleichtern.

In den interessanten Debatten wurden unterschiedliche Sichtweisen zum Verhältnis von Lohnarbeit und „Reproduktionsarbeit“ (z.B. Hausarbeit, häusliche Pflege, Erziehung der Kinder), zur Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und zur Bedeutung von gesellschaftlichen Widersprüchen (Kapital-Arbeit; Geschlechterfrage, Antirassismus) deutlich.

Im Forum zur Geschichte wurde ange-mahnt, sich stärker mit der Entwicklung der Westlinken vor dem Hintergrund des Kalten Krieges sowie mit der Frage zu beschäftigen, wie „Ausschwitz“ mit der Unterstützung so vieler Deutscher möglich wurde.

Fortsetzung auf Seite 7

Arbeiterwiderstand bei Askania



Ein Kreis aus Angehörigen ehemaliger Mitstreiter aus dem Arbeiterwiderstand, Gewerkschaftern (IG Metall und DGB Ortskartell Tempelhof-Schöneberg) und der Berliner Vereinigung der Verfolgten des

Nazi-Regimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten will an den Widerstand in der Rüstungsfabrik „Askania“ erinnern. Dort „gab es zwischen 1933 und 1945 mutige Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich dem Krieg und der Rüstungsproduktion entgegenstellten und Solidarität mit französischen, polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern übten. Im Sommer 1944 fielen eine Reihe dieser Akteure der Verfolgung durch

Gestapo und der Nazijustiz zum Opfer. Sechs Arbeiter bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben. Am ehemaligen Standort von Askania (heute Standort von Schindler-Aufzügen) in der Ringstraße in Mariendorf soll eine Gedenktafel/stele an diese Personen erinnern.“ (aus dem Flyer der Initiative) Exemplarisch für den betrieblichen Widerstand sollen daher Paul Hirsch, Paul Junius, Karl Ladé, Kurt Rühlmann, Walter Zimmermann und Stanislaus Szczygielski geehrt werden.

Die BVV hat am 27. 10. einmütig dieses Vorhaben unterstützt (Drs. 1577), und der Bildungsstadtrat hat bereits seine Hilfe angeboten.

Unterstützung für die Initiative über detlef.fendt@daimler.com oder saefkow-berlin@t-online.de (Spendenkonto: Deutscher Friedensrat e.V., Kto. 629077900, BLZ 10070848, Stichwort „Gedenken Arbeiterwiderstand“)

Harald

Tempelhofer Feld: Nutzung - Erinnerung?

Zu den Planungen im Nordteil bewegt sich etwas. Die Stadtentwicklungssenatorin verfolgt weiter ihren Plan zur Randbebauung und Einbeziehung von Gelände in eine Bundesgartenschau. Dabei drohen die Vernichtung von lange gepflegten Kleingärten und die Missachtung von historisch bedeutsamen Orten.

Zwei Initiativen von Anwohnenden, Kleingärtnern und an der angemessenen Würdigung historischer Verbrechen Interessierter laden zum Widerstand ein:

Ein „Förderverein zum Gedenken an Nazi-Verbrechen um und auf dem Tempelhofer Flugfeld“ führt am 22. 11. seine erste Mitgliederversammlung durch (19 Uhr, Wasserturm Kreuzberg, Kopischstr. 7, 10965). Er wirbt für „die Forderung nach Errichtung von Gedenkstätten und -orten, sowie Kennzeichnung der Topographie, die der Bedeutung angemessen sind“.

Mit dem Beschluss „Informations- und Gedenkort am Columbiadamm“ (Drs. 1494) der BVV vom 27. 10. hat auch der Bezirk solche Anliegen unterstützt.

Der Bürgerverein Graefekiez e.V. und Kolonie am Flughafen e.V. führen am 23. 11. eine Podiumsdiskussion „Columbiaquartier nein danke – keine beidseitige Bebauung des Columbiadammes“ durch (19 Uhr, Nachbarschaftshaus Urbanstrasse e.V., Urbanstr. 21, 10967). Mit Thomas Flierl, MdB und Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, Bezirksstadtrat Bernd Krömer, Vertretern der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, dem Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg und Vertretern der Adlershof Projekt GmbH – wichtige Akteure – sucht die Initiative die Debatte.

Harald

Der deutsche 9/11

Für die letzte Ausgabe der LUPE schrieb ich ein paar Zeilen darüber, warum der 3. Oktober keinen würdigen Anlass für einen nationalen Feiertag darstellen kann. Vielmehr werden die lichten Momente und langen dunklen Kapitel deutscher Geschichte eher durch 9. November reflektiert.

Am **9. November 1848** wurde der Abgeordnete der Frankfurter Paulskirche Robert Blum, der den bedrängten Revolutionären in Wien eine Grußadresse der Parlamentsminderheit überbringen wollte, standrechtlich erschossen, nachdem er zuvor unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität verhaftet worden war. Seine Hinrichtung wurde zum Fanal für die Gegenrevolution, in deren Folge die Zugeständnisse der Fürsten zurückgenommen wurden. Es folgte abermals eine bleierne Zeit der Restauration.

Der **9. November 1918** beendete mit der Ausrufung der deutschen Republik durch Philipp Scheidemann die parlamentarisch verbrämte Monarchie, die während des Krieges zu einer Militärdiktatur geworden war. Gleichzeitig jedoch verkörpert dieser Tag eine zweite Traditionslinie, die Ausdruck in der Proklamation der „freien sozialistischen Republik Deutschland“ durch Karl Liebknecht fand. 1848/49 noch im Gefolge der bürgerlichen Revolution und quasi als Fußtruppe der Bourgeoisie, hatte sich die Arbeiterklasse zur mächtigsten sozialen und politischen Bewegung entwickelt, und der revolutionäre Teil sah die Zeit reif, um mit dem bürgerlichen Parlamentarismus insgesamt zu brechen.

1923, fünf Jahre später, folgte auf die gescheiterte Revolution, nach den blutigen Massakern bei der Niederschlagung der Räterepublik in Bayern und dem sog. Ruhraufstand ein erneuter Akt der Reaktion: Adolf Hitler versuchte im Bündnis mit einer antisemitischen Militärjunta am **9. November** in Bayern die Macht an sich zu reißen. Der Putsch scheiterte und lieferte

zugleich mit den sog. Novembergefallenen der NSDAP einen Bezugspunkt für ihre Mythenbildung. Die juristische Aufarbeitung hingegen geriet mit den allzu milden Urteilen gegen die Putschisten zu einer Justizposse und bewies abermals, wie sehr die Justiz nicht nur auf dem rechten Auge blind war, sondern sich sogar zur Erfüllungsgehilfin von Nazis, Freikorps und anderen reaktionären Gruppen machte.

Der **9. November 1938** symbolisiert mit der organisierten Zerstörung zahlreicher Synagogen den Übergang von der rechtlichen und sozialen Ausgrenzung und Ächtung der deutschen Juden zur direkten Verfolgung und Vernichtung, die in den industrialisierten Massenmord in Auschwitz und Treblinka mündete. Kein anderes Datum als der **9. November 1938** verkörpert ein deutlicheres Stigma in der deutschen Geschichte. Dass bis heute an diesen Tag und an die vielen Millionen Toten nicht durch einen offiziellen Gedenktag erinnert wird, sollte jeden beschämen, der in diesem Land geboren ist, seine Sprache spricht, in seiner Kultur und dieser in einer besonderen Verantwortung verhaftet ist.

Am **9. November 1989** erklommen die Menschen in der DDR die Mauer und fluteten die Grenzübergänge: Für einige Monate war ein Fenster in der miefigen kollektiven Biedermeier-Wohnstube geöffnet, das den Menschen Freiheit versprach. Es verschwand mit dem politischen System der DDR aber nicht nur ein autokratisches Regime, sondern auch die Möglichkeit, ein ganzes Land ganz neu zu erfinden. Statt die DDR grundlegend zu renovieren, ohne die Substanz zu beschädigen, drangen alsbald die Ableger der Westparteien auf Totalabriss und Umzug in die BRD.

Der **9. November** ist kein Tag der Freude, es gibt lichte Ereignisse fürwahr, vielmehr ist er der diesem Lande angemessene Tag des Innehaltens und Bewusstwerdens darüber, wo unsere Herkunft liegt.

Uwe-Jürgen Ness



Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Oktober 2010: 4.090.354

Offizielle Arbeitslosigkeit: 2.945.491
Nicht gezählte Arbeitslose: 1.130.550

Nicht gezählte Arbeitslose: 1.144.863

aufgeschlüsselt:
 Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II: circa 360.000
 Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II Circa 360.00, älter als 58, bezieheh ALG I (§428 SGB III): 544
 Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 328.472
 Berufliche Weiterbildung: 212.322

Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining): 47
 Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte): 185.670

Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 29.042
 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 2.248
 Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 26.518

Quelle: die-linke.de (*)

Arbeitskreis Erwrbslosen

Versammlung in

Schöneberg

(AK ELVIS)
 Rote Insel, Feurigstr. 68
Hilfe und Beratung zu ALG 2

Jeden 2. u. 4. Dienstag
 17-19 Uhr

Jeden Donnerstag, 10-12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück
 Jeden 2. u. 4. Donnerstag,
 10-12 Uhr mit Rechtsanwalt

Jobcenter - Aktionen
 am 23. November
 Sparpaket Aktion!
 Wolframstrasse 89-92

Siebte Landesgesundheitskonferenz im Rathaus Schöneberg

Zentrales Anliegen der Konferenz sei, „dass die Menschen in Berlin die Lebensphase des Alters gesund und aktiv erleben können“, so die Berliner Gesundheitsministerin Katrin Lompscher (DIE LINKE) zur Eröffnung der Veranstaltung. Hierzu sei es unter anderem nötig, Kooperationen zu fördern, Projekte anzustoßen, Ursachen von Problemen herauszufinden und natürlich zu einer richtigen Lösung zu kommen. Abgelehnt wurde von ihr eine Gesundheitsreform, die zum Bruch des solidarischen Prinzips führe, und sie versprach, dass das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung im Bundesrat von Berlin abgelehnt werde.

Um Verbesserungen zu erreichen, müsse man vor allem den Menschen in den Mittelpunkt stellen und seine Rechte und soziale Kompetenz stärken. Die Gesundheitskonferenz (GK) gibt Ziele vor und gibt Hilfestellung bei der Koordination der Umsetzung. Ziel ist es auch, dabei auch andere Politikfelder wie Umweltschutz, Lärmschutz, gesunde Ernährung in Betriebskantinen oder gesundheitsorientierte Projekte im Zusammenhang mit der „Sozialen Stadt“ einzubeziehen. Für den Erfolg all der Bemühungen sei besonders die politische Führung und Verantwortlichkeit von ausschlaggebender Bedeutung, betonte dabei Dr. Wismar (European Observatory on Health Systems and Policies).

Verschiedene Fachforen wurden angeboten; in einem Forum wurde Gesundheit von Frauen und Männern im Alter thematisiert. Demnach gibt es unterschiedliche Risiken bei den Geschlechtern, nicht nur bezüglich der Lebenserwartung allge

mein, sondern auch hinsichtlich der spezifischen Betroffenheit von unterschiedlichen Erkrankungen. Die Lebenserwartung von Frauen beträgt heute in Berlin 82 Jahre, die von Männern 77 Jahre. Damit werden die Berlinerinnen heute im Durchschnitt drei Jahre älter als vor 10 Jahren, bei den Männern sind es vier Jahre mehr. Die unterschiedlichen Erkrankungsrisiken erklären sich nicht nur mit biologischen Gründen, wie der Genetik oder altersphysiologischen Veränderungen, sondern haben auch soziale Ursachen, beispielsweise wo und wie gesund man lebt, ob man ein selbstbestimmtes Leben führt oder in Armut leben muss. So weiß man aus Aufzeichnungen, dass bei Armut die Sterblichkeit von Männern unter 60 Jahren bei 30% liegt, die von Frauen bei 16%. Eine Rolle spielen auch die erworbenen und psychosozialen Risiken wie Stress oder traurige Lebensereignisse. All diese Dokumentations-Erkenntnisse sind wichtig, um gesundheitspolitisch zu agieren, Hilfen und Bedingungen zu verbessern und die Prävention entsprechend auszurichten. Als Beispiel wurde konkret für die Zielgruppe der schwulen Senioren, die ein Risiko der sozialen Isolation und damit auch das Risiko, psychisch zu erkranken, tragen, ein generationsübergreifendes Wohnprojekt genannt, in welchem 60% der Wohneinheiten für diese Gruppe in Reservierung gehalten werden.

Die Bezirke sind bei der Umsetzung für den öffentlichen Gesundheitsdienst, Vereine und Institutionen unerlässliche Akteure.
 Elisabeth Wissel

Elisabeth Wissel



Die BO Arbeit und Soziales bewegt sich.

An einem herrlichen Sonntagmorgen im Herbst trafen sich einige Mitglieder der BO Arbeit und Soziales des Bezirksverbands DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg unter Teilnahme unseres Bezirksvorsitzenden Carsten Schulz, um einen Ausflug in den Südosten von Berlin zu unternehmen. Zuerst besuchten wir den Trödelmarkt in Friedrichshagen, um festzustellen, dass es immer noch einige Schätze aus den Tagen vor der Wende zu ergattern gab.

Nach einem kleinen Waldspaziergang durch den märkischen Wald von Erkner nach Fangschleuse besuchten wir ein Ausflugslokal, in dem wir uns mit einer guten Mahlzeit stärkten, die weitere politische Arbeit besprachen, um danach den Tag gemütlich ausklingen zu lassen. Nach Meinung aller Teilnehmer werden wir so einen Ausflug in näherer Zukunft zu einem historischen Ort in oder um Berlin wiederholen.

Kai Drether

Unser Ziel bleibt die Re-Kommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe

Fortsetzung von
Seite 4

Die LINKE unterstützt die Forderung nach der Offenlegung der schwarz-roten Teilprivatisierungsverträge von 1999, und tritt für eine Beseitigung aller vertraglichen Regelungen ein, die den öffentlichen Mehrheitseigentümer Berlin an die Renditeinteressen der privaten Gesellschafter binden und ihn diesen unterordnen. Die Entscheidung, die Berliner Wasserbetriebe zu verkaufen, war eine fatale politische Weichenstellung für Berlin, die wir als damalige Opposition zu Recht politisch und juristisch bekämpft haben. Unser Ziel in Regierungsverantwortung bleibt die Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle und Eigentümerschaft des Landes Berlin über die BWB. Deshalb haben wir in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD 2006 das politische Ziel der »Re-Kommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe« festgeschrieben.

Auch bei der SPD hat hier in der Koalition ein Umdenken eingesetzt. Der Beschluss des Landesparteitags der Berliner SPD vom 10. Oktober 2009 »Geheimverträge offenlegen« hat das deutlich gemacht. Dazu hat sicher auch unsere konsequente Haltung beigetragen. Wir betrachten die Unterstützer des Volksbegehrens als Verbündete, deren Forderungen unsere Verhandlungsposition stärkt. Auch das haben wir bereits in unserem Parteitagbeschluss dokumentiert.

Uns bestärkt die große Bereitschaft der Berlinerinnen und Berliner, das Volksbegehren zu unterstützen, in unserer Forderung, die Berliner Wasserbetriebe vollständig zurück ins Landeseigentum zu holen, mindestens aber eine Neuverhandlung der Verträge zu erreichen, die eine deutliche Reduzierung der Profitmargen mit sich bringt und damit eine Senkung des Wasserpreises

ermöglicht.

Eine Konsequenz aus der Diskussion um die notwendige Offenlegung der Wasserverträge haben wir allerdings bereits gezogen. Mit dem neuen Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das einzigartig in dieser Republik ist, unterliegen künftig Verträge bei der Übertragung von Beteiligungen im Bereich der Daseinsvorsorgeinfrastrukturen an Private grundsätzlich der Transparenzpflicht. Pauschale Geheimhaltungs- oder Verschwiegenheitspflichten dürfen nicht mehr aufgenommen werden. Bei Verträgen, die vor Inkrafttreten dieser Änderung des Gesetzes abgeschlossen wurden, also auch bei den Wasserverträgen, müssen Nachverhandlungen mit dem privaten Vertragspartner geführt werden. Im Anschluss daran ist die Landesregierung zur Offenlegung verpflichtet, wenn nicht zwingende private Interessen an der Geheimhaltung bestehen. Das dürfte gerade im Monopol, das die BWB in der Berliner Wasserversorgung haben, schwerlich der Fall sein.

Die IFG-Novelle ist ein gutes Beispiel dafür, wie außerparlamentarische Aktion und parlamentarisches Handeln der LINKEN ineinandergreifen können.

Viele Berlinerinnen und Berliner haben sich mit ihrer Unterschrift für die Offenlegung der Privatisierungsverträge ausgesprochen. DIE LINKE Berlin erwartet, dass diese zentrale Forderung des Volksbegehrens durch schnelle und entschlossene Aufnahme von Verhandlungen des Senats mit den Anteilseignern der BWB erreicht wird. Wir setzen darauf, dass ein positiver Ausgang dieser Verhandlungen das Ergebnis eines Volksentscheids vorwegnimmt.

Quelle: [http://www.linksfraktion-berlin.de/wasserext-
ra/aktuell/](http://www.linksfraktion-berlin.de/wasserext-
ra/aktuell/)

Die Berliner Wasserverträge

Die Berliner Wasserverträge umfassen in der Dokumentation der taz insgesamt 198 Seiten und können als pdf-Datei mit der Größe von 7,3 MB. Sie können abgerufen werden unter dem Link: <http://blogs.taz.de/rechercheblog/files/2010/10/wasser.pdf>

Abschied

Lothar Elias,

unser Genosse und LUPE-Autor hat uns im Oktober verlassen. Mitte Februar feierten wir gemeinsam seinen 80sten Geburtstag in der Roten Insel. Zur kommenden Weihnachtsfeier wünschte er sich von mir bolivianische Baladen auf der Gitarre, begleitet von Violinen und Chelli, und ausserdem den Tanz Caporales.

Wir werden uns immer an seinen Humor und seine interessanten Diskussionsbeiträge erinnern.

G. Irazoque



Programmkonvent in Hannover

In heutigen Diskussionen habe man den Eindruck, dass der sozialistische Versuch im luftleeren Raum stattgefunden habe, kritisierte Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform. Anhand eigener biographischer Erlebnisse als Emigrantin aus der BRD in die DDR, nach erneuter Verfolgung ihres Vaters als Mitglied der in der BRD verbotenen KPD, schilderte sie eindrucksvoll das damalige politische Klima, in dem sich der Aufbau der DDR in Konfrontation zur BRD in den Anfangsjahren vollzog.

Demnächst wird der Parteivorstand eine umfassende Dokumentation der interessanten Debatten zusammenstellen. Sie wird auf der Homepage des Parteivorstandes (www.die-linke.de) zu finden sein.

Carsten Schulz

Sondertermine Rosa-Luxemburg- Lesekreis

11. Dezember ab 14 Uhr in der Roten Insel
Thema: Rosa Luxemburg, die Nationale Frage und ihr Verständnis vom Internationalismus (z.B. ihre Kritik am „Sozialpatriotismus“ der polnischen Sozialdemokratie und an der Nationalitätenpolitik der Bolschewiki)

Filmvorführung:

3. Dezember um 19 Uhr in der Roten Insel u.a. mit Film von Michael Moore.

Ausstellung „Auf gepackten Koffern“ in der Roten Insel

DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68,
10827 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do: 11 - 18 Uhr

Fr: 11 - 15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40

Fax: 217 29 26

e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Bezirksvorstand

23. November und .
Dezember, 19 Uhr

Mitglieder-

versammlung

18. November

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

24. November 19 Uhr

BO Tempelhof

Telefonisch erfragen

BO Olivenbaum

Dezember., 19 Uhr

Resonanz Café, Ebers

Strasse

BO Arbeit u. Soziales

November, 19 Uhr

BO Migration und

Antirassismus

Telefonisch erfragen

Arbeitskreise:

AKK siehe bitte S. 3

AK ELViS siehe S. 6

Sondertermine S. 7

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**

Berlin, Klein Alexanderstr.

28, 10178 Berlin

Redaktion: **DIE LINKE.**

Tempelhof-Schöneberg

Ab 1. Juli 2010 neu!

Konto: 525 607 806

Berliner Bank

BLZ: 100 708 48

Erscheinungsweise:

10mal jährlich

Auflage: 2000 Exempl.

V.i.S.d.P.:

Carsten Schulz;

Layout: Grace Irazoque;

Druck: Bunter Hund;

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben die Meinung

des Autors wieder und

entsprechen nicht immer

der Meinung der

Redaktion noch des

Bezirksvorstandes.

Redaktionsschluss:

6. November 2010,

Erscheinungstag: 20.

November 2010. Die

nächste Ausgabe er-

scheint Anfang Januar

2011



Carsten Schulz (DIE LINKE.T-S) mit Jens-Uwe Thomas (Flüchtlingsrat Berlin e.V.) und Yolanda Bakker (Initiative gegen Abschiebehaft)

Von Mitte Oktober bis Mitte November hatten wir die sehr interessante Wanderausstellung des Berliner Flüchtlingsrates und der Berliner Initiative gegen Abschiebehaft zu Gast. Exemplarisch werden die Schicksale von acht Menschen, die sich 2008 in Berlin-Grünau in Abschiebehaft befanden, anhand von Interviews dokumentiert. Die Ausstellung vermittelt darüber hinaus mit zahlreichen Fotos bedrückende Einblicke in den Alltag Betroffener im „Abschiebegezwang“.

In mehreren Begleitveranstaltungen zur Ausstellung konnten Besucher mit den Initiatoren der Ausstellung ins Gespräch kommen. Während der Ausstellungseröffnung schilderten **Jens-Uwe Thomas** vom **Berliner Flüchtlingsrat** und **Yolanda Bakker** von der **Initiative gegen Abschiebehaft** anhand konkreter Beispiele Menschenrechtsverletzungen gegenüber Abschiebehaftlingen. Trotz gegenteiliger Richtlinien werden immer wieder Flüchtlinge gefesselt zu Anhörungen, z.B. in Botschaften, vorgeführt. Eine freie Arztwahl wird den Häftlingen verweigert. Der medizinische Dienst der Polizei gewährleistet nur ungenügend die medizinische Versorgung. Elementare, auch international garantierte Grundrechte werden missachtet, schon länger in Deutschland lebende Familien mit z.T. hier aufgewachsenen Kindern brutal auseinander gerissen. Für viele Familien sind Kettenduldungen besonders belastend. Die Menschen leben viele Jahre unter dem permanenten Damoklesschwert, abgeschoben zu werden, und mit dem Verbot, hier zu arbeiten.

Schlimm auch, dass für anerkannte Flüchtlinge ein

zwingendes Widerrufverfahren mit „Prüfung noch bestehender Fluchtgründe“ eingeführt wurde. Es drohen regelrechte „Abschiebewellen“ durch diverse Rückführabskommen der Bundesrepublik mit Herkunftsländern. Jüngstes Beispiel ist das Abkommen mit Syrien, von dem besonders Kurden betroffen sind.

Drastisch zeigt der von uns vorgeführte Hamburger Dokumentarfilm „Ab-

schiebung im Morgengrauen“ die Brutalität hiesiger Behörden. Familien werden in der Nacht aus dem Schlaf gerissen, Familienmitglieder in aller Schnelle zum Flughafen verfrachtet. Für die Anwälte der Betroffenen beginnt ein Wettlauf mit der Zeit. Der Film zeigt, mit welcher bürokratischen Eiseskälte Mitarbeiter der Hamburger Ausländerbehörde gegenüber ihren „Klienten“ vorgehen und vorsprechende Menschen ohne Ankündigung aus der Behörde hinaus abschieben lassen. So wird für viele Menschen jeder Behördenbesuch zur Qual.

Im Rahmen des Ausstellungsprogramms luden wir weitere Flüchtlingsinitiativen wie die „Save Me – Kampagne“ oder die Initiative „Alle bleiben!“ ein. Erstere Kampagne fordert, dass Deutschland jedes Jahr entsprechend der Vorgaben des Neuansiedlungsprogramms des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsstaaten aufnimmt und integriert. Vorbilder könnten die Aufnahme und Integration von jüdischen Kontingentflüchtlingen Anfang der 90er Jahre oder die jüngste Aufnahme von 2500 Irakern sein, die im Rahmen des



Lisa von „Alle bleiben!“

UNHCR-Programms in die BRD kamen. Die **Kampagne „Alle bleiben!“** unterstützt den Kampf um das Bleiberecht der Roma in Deutschland und informiert insbesondere über die Situation der Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo.

Wir haben mit unseren Gästen **Ramin** („Save Me“), **Lisa** („Alle bleiben!“) sowie **Jens-Uwe** (**Berliner Flüchtlingsrat**)

und **Yolanda** (**Initiative gegen Abschiebehaft**) vereinbart, deren Aktionen bekannt zu machen und in Zukunft zusammenzuarbeiten.

Infos über die Initiativen im Internet unter:

www.alle-bleiben.info

www.save-me-berlin.de

www.initiative-gegen-abschiebehaft.de

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Die Ausstellung ist ab sofort in der Geschäftsstelle der **LINKEN** Neukölln, Richardplatz 16, zu sehen.

Carsten Schulz



Carsten Schulz mit Ramin von „Save Me“ Kampagne und Jens-Uwe Thomas